

## **Schlusserklärung des Grünen Fraktionsvorsitzenden Holger Herlitschke zur Haushaltssatzung 2016 der Stadt Braunschweig (TOP 17 der Ratssitzung am 15.03.2016)**

(Anrede)

Zunächst einen herzlichen Dank auch von mir an die Finanzverwaltung für die diesjährige Doppelarbeit. Ich hoffe, Sie können die Überstunden ab jetzt langsam abbummeln.

Herr Geiger, zu Ihrem Bibelzitat! Ich bin, da Agnostiker, nicht so bibelfest wie Sie und andere hier im Haus, auch wenn das vermutlich viel „Wiki-Bibel“ ist. Ich mach das daher mal kürzer: Meine Mutter sagte immer: „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not!“ Das heißt für mich übersetzt: Wir müssen die Überschussrücklagen mittelfristig im Blick behalten, um auftretende Löcher stopfen zu können! Ich komme darauf aber später noch zurück...

Die Verwaltung hat einen Haushalt vorgelegt, der ganz klar von der VW-Krise und den daraus entstehenden Gewerbesteuer-Mindereinnahmen von ca. 55 Mio. € geprägt ist. Temporär belastend sind aber auch die Auswirkungen der Flüchtlingsunterbringung und späteren Integration, da die Kosten erst nachgelagert erstattet werden und derzeit der Betrag noch nicht ganz auskömmlich ist.

Diese Kosten müssen wir vorschießen, was die Liquiditätslücke von bis zu ca. 60 Mio. € in 2019 im Wesentlichen erzeugt. Die Maßnahme der Verwaltung, diese Lücke mit kurzfristigen Liquiditätskrediten zu schließen und das Volumen auf 50 Mio. € aufzustocken, ist - und das nehme ich einmal vorweg - sinnvoll und vor dem Hintergrund der aktuellen Niedrigzinsphase unproblematisch.

Die Verwaltung hat vor dem oben kurz angerissenen Hintergrund den ursprünglichen Verwaltungsentwurf korrigiert und den Haushalt entsprechend den neuen Rahmenbedingungen neu eingebracht.

Natürlich darf man sich bei der Unwägbarkeit aus der VW-Krise nicht zu sicher sein, dass sich hier nicht noch mittelfristige Änderungen ergeben. Insbesondere ist derzeit der Zeitpunkt der Erholung nicht prognostizierbar und daher ist Vorsicht und Augenmaß geboten. Die Verwaltung hat daher im Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 viele sehr vernünftige Vorschläge zur Einsparung und zur Ergebnisverbesserung gemacht. Hierzu später mehr.

Die aktuellen Zahlen der Verwaltung gehen somit von folgenden Rahmenbedingungen aus:

- Haushaltsvolumen: ca. 772,6 Mio. €
- Mindereinnahme Gewerbesteuer: ca. 55 Mio. €
- Defizit im Gesamtergebnishaushalt: ca. 15,2 Mio. €
- Defizit im Gesamtfinanzhaushalt: ca. 48,7 Mio. €
- Überschussrücklage am Ende des Prognosezeitraums: ca. 113,1 Mio. €.

Allerdings muss auch festgestellt werden, dass durch einige Entscheidungen aus der Vergangenheit nicht in alle Ecken des Haushalts zu Sparzwecken gesehen werden konnte. So gibt es einen unkündbaren Vertrag zum Schlossmuseum, der uns jährlich mit ca. 270 Tsd. € belastet. Und das bei zuletzt täglich nur 19 Besuchern im Museum.

Oder auch die sträfliche Vernachlässigung der Gebäudesubstanz, insbesondere bei den Schulen. Die hier aufgelaufenen Probleme wurden aus Spargründen systematisch in die Zukunft verschoben oder ausgelagert und damit ist man ins Risiko gegangen. Nur um den Haushalt glatt zu ziehen! Das rächt sich aktuell besonders heftig und führt dazu, dass wir hier eher mehr Aufwendungen einsetzen müssen als weniger. Denn eine weitere Verschiebung würde zukünftig noch mehr Geld kosten.

Auch die dauerhaften Zahlungen der Mietkosten von jährlich 1,2 Mio. € für die Flächen im Schloss sind aktuell nicht zu korrigieren. Die Ausgangslage für Sparrunden ist somit durch Fehlentscheidungen der Vergangenheit begrenzt.

Um die aktuelle Haushaltslage ins rechte Verhältnis zu rücken, lohnt auch ein Rückblick auf das Jahr 2010 und die damalige Haushaltsvorlage vor dem Hintergrund der Finanzkrise. Damals lagen die Rahmendaten in folgender Größenordnung:

Gewerbesteuerausfall damals ca. 28,6 Mio. € bei einem Haushaltsvolumen von ca. 635 Mio. €. Damaliges Haushaltsdefizit insgesamt ca. 75,5 Mio. €. Die Überschussrücklage wurde mittelfristig auf 14,5 Mio. € bei sogar zwischenzeitigem Absinken auf NULL prognostiziert. Der Haushaltsausgleich wurde durch Rückgriff auf die Rücklage erzeugt und knapp erreicht. Wir schrammten damals knapp an Minusergebnissen in der Ergebnisrücklage vorbei.

Im Vergleich zur Situation von damals stellt sich die aktuelle Situation daher eher als Delle denn als Einbruch dar. Insbesondere im Gesamtergebnishaushalt, dem Rücklagenzugriff zum Haushaltsausgleich und der verbleibenden Überschussrücklage ist die Situation laut aktueller Verwaltungsplanung eine gänzlich andere als in 2010.

In der Eckpunktevorstellung des Haushalts wurde seitens der Verwaltung noch von einer Überschussrücklage in 2019 von ca. 130,9 Mio. € ausgegangen. - Diese Zahl merken wir uns kurz. – In der aktuellen Vorlage benennt dann die Verwaltung die sog. "zwingenden Ansatzveränderungen" im Ergebnishaushalt mit - 14.299.147 Mio. €. Die Ansatzveränderungen der Fraktionen belaufen sich demgegenüber auf - 386 Tsd. €.

Übrigens bei Nicht-Betrachtung unseres Einsparungsvorschlags beim Eintracht-Stadion und der Teilrate zur Sanierung der Stadthalle. Sonst wären wir womöglich hier fast ins Positive gerutscht. Da nun aber das Parkdeck aus der mittelfristigen Finanzplanung genommen wurde, müssten eigentlich auch die 200 Tsd. € der Stadthallensanierung heraus genommen werden. Aber das nur nebenbei.

Wir halten fest, dass hier die wesentliche Kenngröße durch die Verwaltung selbst in den Haushalt eingestellt wurde.

Bei den Investitionen liegen die Ansätze der Verwaltung bei - 19.803.50 Mio. €, die Ansätze der Fraktionen bei - 1.516 Mio. €. Auch hier zeigt sich, dass die Fraktionen im Vergleich zu den Veränderungen der Verwaltung geradezu bescheiden gewesen sind.

Kommen wir nun zur Überschussrücklage 2019: Diese war im Eckpunktepapier, wie gesagt, mit 130,9 Mio. € angesetzt. Im überarbeiteten Verwaltungsentwurf dann mit 133,2 Mio. € und im Gesamtentwurf unter Einbeziehung der Ansatzveränderungen von Verwaltungsansätzen und Fraktionsanträgen nun mit 113,1 Mio. €. Wobei das Absinken, und das gehört auch zur Wahrheit, im Wesentlichen durch die Ansatzveränderungen der Verwaltung entsteht. - Ich nannte Ihnen gerade die Zahlen. -

Vergleichen wir mit 2010. Dort war am Ende des Planungszeitraumes von 14,5 Mio. € in der Überschussrücklage ausgegangen worden. Dennoch ein Riesenunterschied. Wie gesagt, damals bei zwischenzeitigem Stand von fast NULL in der Rücklage.

Dennoch hat die damalige Mehrheitsfraktion dem für 2010 vorgelegten Haushalt mit Freude zugestimmt, während sie heute, bei einer ungleich besseren Situation, so tut, als ginge das Abendland unter, wenn es seitens der Fraktionen die einen oder anderen Anträge gibt. Die zusammengenommen - ich sagte es bereits - gegenüber den Veränderungen der Verwaltung eher klein sind.

Eigentlich hätten Sie, liebe CDU, damals - nach dem was Herr Bratschke vorhin gesagt hat - noch deutlich schärfer sparen müssen, weil Sie die Rücklagen der Stadt sogar im Planungszeitraum an die Null-Kante geführt hatten.

Aber anstatt sich aktuell mit Vorschlägen konstruktiv inhaltlich in die Haushaltsdebatte einzubringen, zog man es vor, sich völlig passiv zu verhalten. Das grenzt schon - mit Verlaub - an Arbeitsverweigerung. Wissen Sie noch, warum Sie hier sitzen oder sind Sie schon kollektiv eingeschlafen?

Lediglich Forderungen wurden Ihrerseits, durch ihren Fraktionsvorsitzenden Klaus Wendroth, in einer Pressemeldung aufgestellt: 1. Keine Wiedereinführung von Kita-Gebühren, 2. Jeder Ausgabe-Euro muss doppelt im Aufwand aufgefangen werden, 3. Maßnahmenpaket zur Haushaltsentlastung 2017.

Weder wurde aber gesagt, wo konkret gespart werden soll, noch welche Ziele Ihrer Meinung nach mit den Einsparungen, jenseits der nackten Haushaltsverbesserung, erreicht werden sollen und welche Inhalte dieses Maßnahmenpaket konkret haben soll. Keine konkrete Aussage! An keiner Stelle!

Vor der Kommunalwahl war Ihnen das wohl zu gefährlich, weil Sie sich hätten ehrlich machen müssen, so wie wir es bei den Kita-Entgelten getan haben. Oder, was noch schlimmer wäre, Sie haben in der Tat keinerlei Vorstellungen an keiner Stelle entwickelt und lassen sich stattdessen lieber „fremdbespaßen“!

Nebenbei bemerkt ist auch die Frage zu stellen, wo Sie denn beim Thema Kita-Versorgung und auch insgesamt beim Thema Kinderbetreuung in den letzten Jahren waren? Kein einziger Vorstoß zum Ausbau der Offenen Ganztagschulen (OGS), der Qualitätsverbesserung in Krippe und Kita, zur Personalaufstockung oder Ausstattungsverbesserung in diesen Einrichtungen und überhaupt zum besseren Angebot in allen 3 Betreuungsschienen. Alle Anträge dazu haben Sie abgelehnt! Glauben Sie wirklich, man nimmt es Ihnen ab, wenn Sie sich nun ausschließlich für die Beitragsfreiheit in den Kitas stark machen, ohne auch nur im Ansatz irgendein weiter gehendes Konzept zu haben? Nein! Kinderfreundliche und familienfreundliche Politik geht anders!

Kommen wir aber zurück zum Kernthema. Auch wenn die Situation im aktuellen Haushalt bei weitem nicht so dramatisch ist wie 2010, so sind dennoch ein vorsichtiger Umgang mit den Finanzmitteln sowie Einsparungen und Einnahmeverbesserungen im aktuellen Haushalt nötig. Die Verwaltung hat dazu einige gute Vorschläge gemacht.

Hierzu zählen bei den Einnahmeerhöhungen z. B. die Erhöhung der Parkgebühren, der maßvolle Anstieg der Grundsteuer und die leichten Erhöhungen von Eintrittsgeldern. Das tragen wir mit! Bei den Einsparungen waren dies z. B. die Aufwandssenkungen in Verwaltung und städtischen Gesellschaften. Hier war allerdings nicht alles sinnvoll!

So standen wir der Aussetzung der Dynamisierung bei den Freien Trägern, einigen Kürzungen bei den städtischen Gesellschaften und insbesondere dem Entwurf zur Wiedereinführung der Kita-Entgelte sehr skeptisch bis ablehnend gegenüber. Auch die Verschiebungen im Bereich der Gebäudesanierung, insbesondere der Berufsbildenden Schule V (BBS V), konnten wir so keinesfalls mittragen.

Jedoch ist beim letzten Punkt positiv zu verzeichnen, dass die Verwaltung unserem Antrag auf Effizienzuntersuchung der Bauverwaltung zuvor gekommen ist. Ich habe dazu vorhin schon Stellung genommen.

Nun aber zu den von uns kritisierten Teilen der Haushaltsvorlage und unseren Änderungsvorschlägen. Denn bei aller notwendigen Sparnotwendigkeit, muss doch auch darauf geachtet werden, dass wir dringend Notwendiges nicht aus Sparwut soweit

verschieben, dass es womöglich später teurer wird. Die BBS V und der Sanierungsstau, insbesondere an den Schulen, sind hier nur exemplarisch zu nennen.

Zudem muss darauf geachtet werden, dass wir Strukturen bei den Freien Trägern nicht unnötig schwächen oder gar gefährden. So bedeutet die Dynamisierung der Zuschüsse Sicherheit für die Träger. Ebenso verhält es sich mit Zuschüssen für Einrichtungen, die sich bewährt haben und eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe übernehmen und die, würden sie gefährdet, später umso teurer wieder eingerichtet werden müssten.

Einzelne Initiativen von Grünen waren deshalb:

Ein Alternativvorschlag zu den Kita-Entgelten mit (gegenüber dem Verwaltungsentwurf) deutlich abgesenkten Entgeltstufen und Beitragsfreiheit bis in mittlere Einkommen hinein für KITA UND KRIPPE!

Hier verstehe ich z. B. die Position der Linken überhaupt nicht, denn unsere Staffel entlastet gerade die unteren Einkommen. Wenn die Linke das ablehnt, dann herrscht dort offenbar eine mir bisher noch nicht bekannte Definition von „Sozialpolitik“ vor. Vielleicht wird das ja bei Gelegenheit geklärt.

Weitere Vorschläge von uns waren:

- Die Aussetzung der Dynamisierung für nur ein Jahr
- Die Rücknahme der Verschiebung der BBS V
- Maßnahmen (Gutachten, Personal) zum Abbau des Sanierungsstaus, insbesondere in Schulen.
- Herausnahme des Parkdecks an der Stadthalle, da überhaupt noch nicht klar ist, wann die Sanierung der Stadthalle überhaupt beginnen kann.
- Zuschussanträge Haus der Kulturen, Nähwerkstatt, Heidberg Aktiv - jeweils dauerhaft
- Weiterführung des schon vom Rat beschlossenen OGS-Ausbaus
- Einrichtung einer Stelle zur Wohnraumhilfe

All das haben wir, mit kleineren Korrekturen, durchsetzen können und halten diese Maßnahmen vor dem Hintergrund der oben gemachten Aussage, dass es in Zeiten der Finanzknappheit eben auch darauf ankommt, Strukturen zu sichern, für sehr angemessen.

Fazit:

Die aktuelle Situation ist im Vergleich zu 2010 deutlich weniger dramatisch!

Eine Zielgröße zur Beschreibung erfolgreichen Haushaltens ist dabei, wie mit den langfristigen Kennwerten, hier der Überschussrücklage für spätere Problemstellungen, umgegangen wird. In der jetzt vorgelegten Haushaltssatzung bleibt die Überschussrücklage, trotz Ansatzveränderungen der Verwaltung und bescheidener Anträge der Fraktionen in ähnlicher Größenordnung bestehen (113,1 Mio. € in 2019 anstatt 133,2 Mio. € bzw. 130,9 Mio. € im Eckpunktepapier). Es tritt somit für den Betrachtungszeitraum, und nur den können wir derzeit überblicken, keine substantielle Änderung ein!

Dennoch ist es durch maßvolle Korrekturen im Haushalt, ohne maßgebliche Mehrbelastung, gelungen, die größten Probleme in der Verwaltungsvorlage zu beseitigen. Die Kita-Entgeltstaffel ist auf ein gut verträgliches Maß verändert worden. Je nach Nutzung der Einrichtungen und Einkommen der Eltern ergeben sich sogar Einsparungen bis hin zur völligen Kostenfreiheit für untere bis mittlere Einkommen.

Hier muss ich noch einmal auf das sehr seltsame Verhalten der Linken kommen, die, obwohl gerade ihre Kernklientel durch die neue Staffel massiv profitiert, dennoch weder der Staffel noch dem Haushalt zustimmen. Die Linke entfernt sich damit klar von den Menschen, die den

Euro eher dreimal als zweimal umdrehen müssen. Dass sogar ins gleiche Horn wie bei der CDU geblasen wird, stellt die Verhältnisse vollends auf den Kopf. Bahnen sich hier neue ideologische Koalitionen an? Und der hilflose Versuch von Udo Sommerfeld von heute Vormittag, noch andere Inhalte zu finden, um dem Haushalt nicht zustimmen zu müssen, macht es auch nicht besser. Die Linke ist ganz offenbar in der eigenen Ideologiefalle!

Aber weiter im Fazit und jetzt eher aufzählend:

- Die unglückliche Verschiebung der BBS V ist zurück genommen worden. Das ist nicht nur wegen der Sanierungsnotwendigkeiten, sondern insbesondere wegen des notwendigen Ausbaus der Raumkapazitäten für die Ausbildung von ErzieherInnen dringend geboten gewesen.
- Die durchgesetzten Zuschüsse wurden verankert
- Die Abmilderung der Aussetzung der Dynamisierung
- Die Weiterführung des OGS-Ausbaus
- Die Herausnahme des Parkdecks aus der mittelfristigen Finanzplanung, weil eh nicht klar ist, wann die Stadthallen-Sanierung kommen wird

Das sind die Eckpunkte unserer Vorstöße und Verhandlungsergebnisse. Dies alles, wie gesagt, ohne erheblichen Rückgriff auf die Überschussrücklagen! Das ist Haushaltspolitik mit Augenmaß und Orientierung am Notwendigen, bei Übernahme von Verantwortung für Braunschweig und die Menschen.

Dennoch wollen einige Fraktionen im Rat dem vorgelegten Entwurf nicht zustimmen. Was bei den Linken und den Piraten womöglich aus Existenzängsten heraus und der Notwendigkeit des Opponierens noch verständlich ist, gerät bei der Volkspartei CDU zur Farce. Einer CDU, die sich bisher immer rühmte, Teil der Gestaltungsmehrheit im Rat zu sein und die Verantwortungsübernahme immer betont hat. Das insbesondere diese CDU, die wie ich ausführte in 2010 einen ungleich problematischeren Haushalt ohne Wimpernzucken beschlossen hat, nun nicht zustimmen wird, zeigt die Hilflosigkeit und Verantwortungslosigkeit der CDU. Aus rein wahltaktischen Gründen blockiert man völlig und stellt die Ratsarbeit in den Haushaltsberatungen völlig ein.

Gut, dass es gelungen ist, eine - wie Christoph Bratmann das frei nach Donald Rumsfeld nannte - „Koalition der Willigen“ aus SPD, Grünen und BIBS zu schmieden, die den Haushalt in großer Verantwortung gemeinsam beschließen wollen. Auch wenn ich mit dem Begriff - genauso wie Udo Sommerfeld - so meine Probleme habe, beschreibt er dennoch nüchtern die Lage.

Ich kann somit nur an alle in diesem Hause appellieren, ihre Blockadehaltung aufzugeben und sich ebenso verantwortlich zu zeigen. Wer diese Verantwortung nicht übernimmt, macht sich einen sehr schlanken Fuß und zeigt mit der Ablehnung nur eines: Dass ihm die eigene politische Positionierung wichtiger ist als die Braunschweigerinnen und Braunschweiger.

Wir werden dem Haushalt zustimmen und damit eine Haushaltsmehrheit sichern, da der Haushalt einerseits die nötige Vorsicht im Umgang mit den durch die Krise bei VW erzeugten Unsicherheiten walten lässt. Aber andererseits, auch durch unsere Anträge, eine gerade in diesen Zeiten wichtige Kontinuität erreicht.

Vielen Dank!